



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**Position
des Bau- und Immobilienausschusses der VhU**

**Für mehr neue Wohnbauflächen in
Ballungsräumen und für die Fortsetzung der
Planungen eines neuen Frankfurter Stadtteils
im Nordwesten entlang der Autobahn A5**

**Vorschlag zur Beratung und Beschlussfassung
in der Sitzung am 22. November 2019**

VhU-Abt. VIII, Beschluss BIA, Fr., 22.11.2019

Die Ballungsräume in Deutschland werden und sollen weiter wachsen – auch an Menschen. Die wirtschaftliche Dynamik ist hoch. Zuzügler sind willkommen. Das gilt in Hessen insbesondere auch für die Metropolregion Frankfurt/ Rhein-Main.

Doch die hohen Miet- und Immobilienpreise in den Ballungsräumen erschweren es den Unternehmen, genügend Fachkräfte zu gewinnen. Denn die meisten Beschäftigten möchten in der Nähe ihrer Arbeitsplätze wohnen, wo die Wohnkosten aber sehr hoch sind.

Der wichtigste Schlüssel zur Lösung ist, das Angebot an neuen Wohnungen zu steigern. Aber damit überhaupt gebaut werden kann, müssen die Städte und Gemeinden viel mehr neue Bauflächen zur Verfügung stellen. Gerade in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main müssen sie mehr Neubaugebiete zulassen und auch neue Stadtteile entwickeln.

Beispielsweise sollten die Planungen für ein neues Frankfurter Wohngebiet entlang der Autobahn A5 fortgesetzt werden, um für rund 30.000 Bürger neuen Wohnraum in der Nähe ihrer Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Regionalversammlung Südhessen sollte den Weg frei machen für die Umwidmung von Flächen des Regionalen Flächennutzungsplanes für neue Baugebiete in der Region. Sie sollte es konkret ermöglichen, dass die Planungen für einen neuen Frankfurter Stadtteil im Nordwesten entlang der A5 fortgesetzt werden können.

Im Rahmen der künftigen Planungen und öffentlichen Diskussion kann und muss auch der Umfang des neuen Stadtteils entlang der A5 ergebnisoffen erörtert werden. Das Bemühen um konstruktive Lösungen des gravierenden Angebotsmangels an Wohnungen muss in der Kommunal- und Regionalpolitik im Vordergrund stehen. Politiker sollten sich nicht pauschal gegen das Ausweisen großer Neubaugebiete auszusprechen, wenn sie keine konkreten Alternativen aufzeigen.

Die Region darf nicht dichtmachen!